

## Landrat zeichnet erfolgreiche Sportler aus

Weltmeister, deutsche Meister und andere erfolgreiche Sportler aus dem Alb-Donau-Kreis sind gestern in Ulm geehrt worden.

Alb-Donau-Kreis. 194 Sportler hat Landrat Heinz Seiffert gestern Nachmittag im Haus des Landkreises in Ulm mit Urkunden für ihre Erfolge ausgezeichnet. Zahlreiche Disziplinen waren vertreten – von Leichtathletik, Tischtennis, Judo, Taekwondo, Kegeln, Fußball, bis hin zu Pferde- und Radsport sowie Tennis und TeamGym. Die älteste Teilnehmerin war fast 82 Jahre alt, die jüngsten 7 und 8 Jahre. Unter den Sportlern gab es herausragende Platzierungen: Stefanie Nusser aus Setzingen, Weltmeisterin im Unterwasser-Rugby, Daniel Bohnacker aus Westerheim, Deutscher Meister im Ski-Cross, die Laichingerin Alina Reh, Europameisterin und Deutsche Meisterin in der Leichtathletik (3000 Meter, 5000 Meter und Crosslauf), Ann-Christin Leeser, Deutsche Jugendmeisterin im Fahrsport, Rüdiger Schnalke aus Breitingen und Michael Bayer aus Westerstetten, Deutsche Vizemeister im Hallen-Faustball. Die Langenauerinnen Anja Hann und Jasmin Möller-Döling belegten zwei erste Plätze für die Qualifikation zur Weltmeisterschaft im Einradfahren in der Paarkür. Anja Sommer aus Erbach wurde erste bei den baden-Württembergischen Seniorenmeister in der Leichtathletik über 800 Meter, Franz Schuapp aus Öpfingen Württembergischer Meister im Radrouten-Fahren.

Seiffert dankte Trainern, Übungs- und Abteilungsleitern in den Sportvereinen sowie den Sportlehrern für ihren Einsatz. „Ohne Sie wären die sportlichen Erfolge, die wir heute auszeichnen, nicht denkbar.“ Das Rahmenprogramm gestalteten das Taekwondo-Team der SF Dornstadt und Musiker der Jugendmusikschule Ehingen.

## Ex-Korrespondent analysiert Nahost

Laichingen. Er kennt den Nahen und Mittleren Osten wie kaum ein Zweiter: der langjährige ARD-Korrespondent Jörg Armbruster. Am Dienstag, 26. April, analysiert er – auf Einladung von Bücherei und VHS im Laichinger Volksbank-Auditorium, welche politischen und wirtschaftlichen Kräfte die aktuellen Konflikte beeinflussen und warum der Nahe Osten nicht zur Ruhe kommt.

In vielen Berufsjahren hat der gebürtige Tübinger den Fernsehzuschauern in Deutschland den Nahen Osten verständlich nahegebracht und dabei immer wieder hohe Risiken auf sich genommen. Als Redakteur und Reisekorrespondent in der Auslandsredaktion hatte er Einsätze im Golfkrieg und während der Wahlen in Südafrika. Von 1999 bis 2005 war er Auslandskorrespondent und Studiotelefonist des ARD-Büros in Kairo. Danach leitete er bis 2010 die Abteilung Ausland/Europa beim SWR und gehörte zum Moderatoren-Team der ARD-Sendung Weltspiegel. Erneut übernahm er 2010 bis 2012 die Leitung des ARD-Studios in Kairo und erlebte die Umwälzungen im Zuge des Arabischen Frühlings. Während Dreharbeiten für die Doku „Zwischen Krieg und Frieden – Der neue Nahe Osten“ wurde der Reporter bei einem Schusswechsel schwer verletzt.

## Landesschau in Böhmenkirch

Böhmenkirch. Das „Landesschau Mobil“ kommt nach Böhmenkirch: Die Dreharbeiten mit Reporterin Petra Thaidigsmann finden von Montag, 13. bis Samstag, 18. Juni, statt. Dabei macht sich das „Landesschau Mobil“-Team auf Spurensuche nach interessanten Menschen und besonderen Orten. Die Reportage stellt den Zuschauern vor, was das Leben in der Gemeinde auszeichnet. Die Redaktion nimmt noch Anregungen entgegen, welche Persönlichkeiten und Geschichten aus Böhmenkirch für die Sendung interessant sein könnten. Ein Kontaktformular befindet sich unter [www.swr.de/landesschau-bw](http://www.swr.de/landesschau-bw).



Das Torquen (Halten des Flugzeugs in der Senkrechten) mit einer Kunstflugmaschine geschieht zwar in geringerer Höhe, doch andere Flugfiguren werden auch über 100 Metern geflogen.

Foto: Ralf Heisele

# Modellflieger bangen um ihr Hobby

Verkehrsminister plant Höhenbegrenzung – Piloten starten Online-Petition gegen Reglementierung

Die Modellflieger bangen um ihr Hobby: Das Verkehrsministerium plant eine Höhenbeschränkung für ferngesteuerte Fluggeräte – nicht zuletzt wegen solcher Zwischenfälle wie am Montag am Londoner Flughafen.

RALF HEISELE

Schalkstetten / Deggingen. Anfang der Woche soll eine ferngesteuerte Drohne mit einem Passagierflugzeug über dem Londoner Flughafen Heathrow zusammengestoßen sein. Die Kollision ist zwar offiziell nicht bestätigt worden, dennoch befeuert der Zwischenfall die Debatte über eine Reglementierung des Modellflugs. Immerhin gibt es in Deutschland bereits etwa 400 000 solcher Multikopter. Wohl die wenigsten Besitzer wissen, dass mit den Drohnen nicht überall geflogen werden darf: Flughäfen, Krankenhäuser, Kraftwerke und auch Menschenansammlungen sind tabu – selbst Privatgrundstücke dürfen nur mit Erlaubnis des Eigentümers überflogen werden. Doch dagegen wird munter verstoßen. Die Drohnen schwirren überall am deut-

schen Himmel. Nun plant Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt mit einer Verschärfung des Luftrechts der Drohnen-Armada Herr zu werden. Im Raum steht eine Begrenzung der Flughöhe auf 100 Meter. Lediglich bei Wettbewerben und Veranstaltungen könnte es Ausnahmen geben.

„Eine 100-Meter-Grenze geht gar nicht“

„Damit steht unser Hobby vor dem Aus“, klagt Andreas Mühlberger. Der Vorsitzende der Degginger Modellfliegergruppe kritisiert, dass die Reglementierung vor allem den klassischen Modellflug treffe. Größere Motormaschinen, Jets und Segler benötigen eine Flughöhe jenseits der 100er Marke. So müssten etwa die Segelflugzeuge einige hundert Meter über dem Boden fliegen, um im Aufwind zu kreisen. Wenn die Gesetzesnovelle kommt, müssten 80 Prozent der Modellflugzeuge am Boden bleiben, schätzt Mühlberger. Der Vorsitzende wehrt sich gegen den Vorwurf, die Modellflieger würden die zivile Luftfahrt gefähr-

den. Das Gegenteil sei der Fall: „Die Modellflieger sind verantwortungsbewusst und betreiben ihr Hobby auf zugelassenen Plätzen unter Aufsicht von Flugleitern.“ Die Modellfliegerei müsse man laut Mühlberger strikt von den ferngesteuerten Drohnen trennen, deren Piloten meist nicht einmal versichert seien. Um die Auswüchse einzudämmen, reichen seiner Meinung nach die bestehenden Gesetze aus – „die muss man aber durchsetzen, indem man sie kontrolliert.“

Auch Andreas Hindelang hat für die Pläne Dobrindts kein Verständnis. „Eine 100-Meter-Grenze geht gar nicht“, sagt der Abteilungsleiter Modellflug in der Geislinger Fliegergruppe und hofft auf einen Bestandsschutz der bestehenden Flugplätze. Gut 100 Mitglieder hat die Modellflugabteilung, die ihr Hobby seit Jahr und Tag auf dem Burren bei Schalkstetten betreibt. „Und das in einem ausgewiesenen Luftkorridor“, erklärt Hindelang. Er vermutet handfeste wirtschaftliche Interessen hinter dem Bestreben, den Luftraum unterhalb der mannantragten Fliegerei frei zu halten. So fordert etwa der Internetrieser Amazon den Korridor zwischen 100 und 200 Fuß (61 bis 122 Metern) für sich, um Pakete mit Drohnen auszuliefern zu lassen. Auch andere Konzerne wollen in den Markt der unbemannten Luftfahrt einsteigen.

So einfach geben sich die Modellflieger nicht geschlagen. Der Deutsche Modellflieger Verband (DMFV), in dem mehr als 87 000 Modellflieger organisiert sind, hat eine Online-Petition gestartet ([www.pro-modellflug.de](http://www.pro-modellflug.de)). Unter dem Titel „Herr Verkehrsminister: Hände weg von meinem Hobby! Petition für den Erhalt des Modellflugs“ haben innerhalb weniger Tage schon 52 795 Menschen (Stand gestern Nachmittag) unterschrieben.



Auch die von Rainer Ruedel selbst gebaute McDonnell Douglas MD-11 (vorne) mit ihrer Spannweite von 3,30 Metern müsste bei einer Höhenbegrenzung am Boden des Schalkstetter Modellflugplatzes bleiben.

## KOMMENTAR • MODELLFLUG

### Höhenbeschränkung bringt nichts

Die Modellflieger sind stocksaure auf Verkehrsminister Alexander Dobrindt – und das zu Recht. Sein Vorhaben, eine Flugobergrenze von 100 Metern einzuführen, würde deren Hobby zu Grabe tragen. Betroffen davon wären auch die rund 200 in Vereinen organisierten Piloten im Raum Geislingen. Sie alle betreiben die Modellfliegerei gewissenhaft und auf eigens dafür ausgewiesenen Flugplätzen. Gerade diese Klientel stellt keine Gefahr für die zivile Luftfahrt dar. Der Minister trifft mit seinen Plänen somit die Falschen.

Probleme bereiten vielmehr die sogenannten Wildflieger. Ihre Zahl nimmt rasant zu. Es ist auch zu verlockend, diese kleinen Flugobjekte mit Kameras zu bestücken, um damit die Welt von oben aufzunehmen. Doch Vorsicht: Die

meisten Käufer wissen nicht, dass sie ihre Drohnen schon nach jetziger Rechtslage nur sehr bedingt einsetzen dürfen. Eine 100-Meter-Grenze macht aber auch bei den Drohnen keinen Sinn. Die meisten der Multikopter sind in dieser Höhe kaum mehr zu erkennen, geschweige denn zu kontrollieren. Und wer eine Straftat mit den unbemannten Fliegern beabsichtigt, der wird sich davon nicht von einer solchen Regelung abhalten lassen.

Was bringt dann eine Höhenbeschränkung? Ganz einfach: Es wird ein freier Luftraum für gewerbliche Nutzer wie Amazon geschaffen – zu Lasten der organisierten Modellfliegerei. Viele Piloten werden dann ihr Hobby illegal weiterbetreiben und das erhöht die Sicherheit beim Flugbetrieb bestimmt nicht. RALF HEISELE

## Anwälte stellen Prozess in Frage

Auch nach 21 Verhandlungstagen ist die Rolle des Amstetter Textilhändlers umstritten – Beweisaufnahme geht weiter

Die Verwirrung im Prozess um den Textilhändler Nuran B. nimmt zu. Nun wird darüber gestritten, wie eng er mit dem LKA in Kontakt stand.

JÜRGEN SCHMIDT

Stuttgart/Amstetten. Seit fünf Monaten wird vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart gegen vier Männer verhandelt, die die syrische Bürgerkriegs-Miliz Ahrar al-Sham unterstützt haben sollen. Doch nach 21 Verhandlungstagen erscheint das Geschehen um einen Transport gebrauchter Springstiefel, Armeeparkas und Militärhelmen im Wert von 150 000 Euro nach Syrien unklarer denn je. Es ist bislang nicht sicher, ob der Transport überhaupt syrischen Boden er-

reicht hat und auch nicht, ob Ahrar al-Sham als terroristisch einzustufen ist.

Und nun wurde, wie berichtet, auch noch einer der Angeklagten, der Textilhändler Nuran B. aus Amstetten, als V-Mann des Landes kriminalamts enttarnt. Doch wie eng er mit den Ermittlern in Kontakt stand oder steht, ist nun schon wieder sehr umstritten.

Vergangene Woche hatte Christian Monka, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, allen Prozessbeteiligten einen Vermerk zukommen lassen, aus dem hervorgeht, dass B. eine „VP“ (Vertrauensperson) des LKA Baden-Württemberg sei. Die Verteidiger der anderen drei Angeklagten fielen aus allen Wolken. Sie sehen durch den Umstand, dass die Information erst nach 20 Verhandlungstagen bekannt wurde, für ihre

Mandanten kein faires Verfahren mehr gewährleistet.

Doch das, was der Anklagevertreter schriftlich austeilte, muss man offenbar nicht wörtlich nehmen. In dem Vermerk komme wiederholt die Abkürzung VP für Nuran B. vor, wie mehrere Anwälte bestätigten. Doch der Textilhändler sei nie V-Mann gewesen, sagte Monka am Donnerstag, sondern nur ein Informant, der von der Polizei in Sachen organisierter Kriminalität ein wenig abgeschöpft wurde. B's Verteidiger Stefan Holoch sprach am Rande des Prozesses davon, dass der Begriff VP in dem Vermerk des LKA ein „redaktionelles Versehen“ sein müsse. Sein Mandant sei nie V-Mann gewesen und habe nur mit der Polizei Kontakt aufgenommen, als ihm der Militärausrüstungs-Deal mit den aus dem Libanon stammenden Mit-

angeklagten verdächtig vorgekommen sei. Vor Gericht will sich B. selbst nicht zu seiner Zusammenarbeit mit der Polizei äußern.

Seine überraschend bekannt gewordene mutmaßliche Spitzeltätigkeit war für die Anwälte der anderen drei Angeklagten Anlass, den Fortgang des Strafprozesses generell in Frage zu stellen. Sie beantragten eine Aussetzung des Verfahrens, weil sich nun eine völlig neue Situation ergeben habe. „Ermittlungsbehörden haben Akten zurückgehalten und das nicht zum ersten Mal“, sagte Carsten Rubarth, der Verteidiger des Hauptangeklagten. Er forderte zudem die Aufhebung oder Aussetzung des Haftbefehls für seinen Mandanten.

Zudem wollen die Anwälte die V-Mann-Akte des Textilhändlers beim LKA einsehen und mögliche

weitere Akten bei anderen Polizeibehörden oder Geheimdiensten. Das Misstrauen der Verteidiger ist inzwischen groß, nicht nur gegenüber dem Angeklagten Nuran B. sondern auch gegenüber den Ermittlungsbehörden.

Der Staatsschutzsenat des OLG will den Prozess aber wie geplant durchziehen. Die Richter lehnten die Aussetzungs-Anträge nicht formell ab, sahen aber keine Notwendigkeit zu einer sofortigen Entscheidung, was einer Ablehnung in der Sache gleichkommt. Die Verteidiger stellten daraufhin gegen alle fünf Richter Befangenheitsanträge. Die sind bislang noch nicht entschieden. Die Beweisaufnahme geht derzeit weiter. In der nächsten Woche sollen Polizeibeamte des LKA und der Kripo Ulm zur Rolle von Nuran B. befragt werden.